

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1925

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1925



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

RESOLUTION

+++ Beschluss der Delegiertenversammlung vom 6. April 2019 +++

GRÜNE stehen auf der Seite der Klimastreikenden

Woche für Woche finden auf der ganzen Welt Proteste für mehr Klimaschutz statt. Auch in der Schweiz machen Zehntausende von Schüler*innen Druck auf die Politik. Die GRÜNEN stehen hinter den jungen Menschen und unterstützen die Forderungen der Klimastreikenden im Parlament und auf der Strasse. Sie entsprechen unseren Grundhaltungen und gehören seit der Gründung der GRÜNEN zu unserem Programm.

Der menschengemachte Klimawandel ist im Alltag angekommen. Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter um 1 Grad Celsius erhöht. Die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre ist seit Beginn der Industrialisierung von 280 ppm auf über 400 ppm angestiegen. Um eine unkontrollierbare globale Erhitzung mit unabsehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich zu reduzieren. Und zwar massiv.

Bereits 1,5 °C Erderwärmung führen unter anderem dazu, dass der steigende Meeresspiegel riesige Küstengebiete unbewohnbar macht. Oder dass Ernten wegen Dürren vernichtet werden. Die Weltbank schätzt, dass in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf über 140 Millionen Menschen ansteigen wird. Auch in der Schweiz ist der Klimawandel zu spüren: Nicht nur Landwirtschaft und Wintertourismus sind von den Folgen direkt betroffen. Auch viele – gerade ältere – Menschen leiden unter der steigenden Hitze. Die Klimakrise schafft umfassende und tiefgreifende Wirtschafts-, Sicherheits- und Friedensprobleme.

Klimaschutz und Klimagerechtigkeit stärken

Die Lösung dieser Probleme geht alle an. Sie kann aber nicht allein an die Eigenverantwortung von Einzelpersonen delegiert werden. Wir sind als Bürger*innen gefordert, nicht nur als Konsument*innen. Denn es ist die Politik, welche die notwendigen Rahmenbedingungen setzen muss für einen Umbau der Wirtschaft, der Klimaschutz und Klimagerechtigkeit ins Zentrum stellt. Der Staat soll technische Lösungen und neue ökologische Praktiken (z.B. teilen statt besitzen, reparieren statt wegwerfen) fördern, um sie Privaten und Unternehmen nutzbar zu machen. Dazu braucht es griffige Massnahmen auf kommunaler, kantonaler, nationaler und internationaler Ebene, um die Klimawende zu schaffen und so lebenswichtige Ökosysteme zu erhalten. Die aktuellen Pläne und Massnahmen reichen bei weitem nicht aus.

Die GRÜNEN unterstützen die Forderungen der Klimastreik-Bewegung:

- Die Schweiz ruft den Klimanotstand¹ aus und anerkennt die Klimakatastrophe als Krise, deren Bewältigung höchste Priorität haben muss – und sie unterstützt auch entsprechende Massnahmen.
- Die Schweiz orientiert sich am ehrgeizigen Ziel, bis 2030 im Inland Netto 0 Treibhausgasemissionen auszustossen. Dazu sollen in erster Linie im Inland die Emissionen gesenkt und der Atmosphäre zum Beispiel durch Begrünung und humusreiche Böden CO₂ entzogen werden (Kohlenstoffsinken). Massnahmen im Ausland müssen einen Beitrag an die Nachhaltigkeitsziele der UNO (Sustainable Development Goals) leisten und die Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung verbessern sowie das Prinzip der Additionalität² erfüllen. Bei Importprodukten sollen die Emissionen der gesamten Wertschöpfungskette einbezogen und reduziert und so direkt die im Ausland entstehenden «grauen Emissionen» vermindert werden.
- Statt Klimawandel braucht es einen Wandel unserer Wirtschaftsweise. Die Wirtschaft soll zu einer Kreislaufwirtschaft umgebaut werden, die den Energie- und Rohstoffverbrauch senkt und Abfälle und Altlasten vermeidet. Diese Transformation wird mehr Lebensqualität und Innovation bringen, lokale Arbeitsplätze sichern und sie muss für alle Einkommensschichten finanzierbar sein.
- Die Schweiz verpflichtet sich zu mehr Klimagerechtigkeit. Der Klimawandel bedroht die Existenz der Ärmsten dieser Welt, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben. Die Schweiz sorgt für eine verursachergerechte Finanzierung der Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel in den betroffenen Ländern und zur Entschädigung der durch den Klimawandel zerstörten Lebensgrundlagen.

Klimapolitik ist gleichermassen Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und globale Gerechtigkeit. Das ist der Kern grüner Politik und dafür setzen sich die GRÜNEN seit ihrer Gründung vor über 30 Jahren ein. Diese Politik muss auf allen Ebenen gestärkt werden. Im Oktober ist die #Klimawahl2019.

¹ Die Begriffe «Climate Emergency» resp. «Klimanotstand» sind symbolisch zu verstehen und sollen keine juristische Grundlage für die Umsetzung undemokratischer und rechtsstaatswidriger Notstandsmassnahmen sein.

² Additionalität bedeutet, dass Massnahmen oder Projekte zu einer zusätzlichen Reduktion der Treibhausgasemissionen führen, die es sonst nicht gegeben hätte.